Entschädigungssatzung der Stadt Aschersleben

Die sich aus der 1. – bis 6. Änderungssatzung ergebenden Änderungen der
Entschädigungssatzung sind nachfolgend im Text farbig dargestellt
[Stand der Satzung 01.08.2014]

Satzung zur 1. Änderung vom 15.06.2005

Satzung zur 2. Änderung vom 14.06.2006

Satzung zur 3. Änderung vom 26.03.2008

Satzung zur 4. Änderung vom 06.05.2009

Satzung zur 5. Änderung vom 20.10.2010

Satzung zur 6. Änderung vom 12.09.2012

Aufgrund der §§ 6, 33 und 44 Abs. 3 Ziff. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10. 1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und zur Stärkung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit vom 13. 11. 2003 (GVBl. LSA S. 318), hat der Stadtrat der Stadt Aschersleben in seiner Sitzung am 09.06.2004 folgende Satzung beschlossen:

I.

Allgemeines

§ 1

Entschädigung

Die ehrenamtlich tätigen Stadträte, Ortschaftsräte und Ortsbürgermeister erhalten für die Teilnahme an Sitzungen und für andere in Zusammenhang mit ihrem Ehrenamt stehende Tätigkeiten folgende Entschädigungen:

1. Aufwandsentschädigung,
2. Sitzungsgeld,
3. Verdienstausfall sowie
4. Fahrt- und Reisekosten.

II.

Regelung für Stadtratsmitglieder

§ 2

Aufwandsentschädigung

- (1) Die Stadträte erhalten zur pauschalen Abgeltung ihrer geldlichen und anderen tatsächlichen Aufwendungen einen Betrag von monatlich 116,- EUR.
- (2) Der Stadtratsvorsitzende erhält zusätzlich einen Betrag von monatlich 160,- EUR.
- (3) Die Ausschussvorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden erhalten zusätzlich einen Betrag von monatlich 80,- EUR.

- (4) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Stadtrates, eines Ausschussvorsitzenden oder eines Fraktionsvorsitzenden für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als 3 Monaten wird dem jeweiligen Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt.
- (5) 1. Für Fraktionen des Stadtrates werden allgemeine Haushaltsmittel als Zuschuss für die sachgerechte Fraktionsausübung zur Verfügung gestellt. Sie erhalten für ihren Aufwand für jedes Fraktionsmitglied eine monatliche Entschädigung in Höhe von 10,- EUR.
2. Die Fraktionen müssen über eine Geschäftsordnung verfügen, die im Ratsbüro zu hinterlegen ist.
3. Über die Verwendung der Fraktionsgelder ist ein Verwendungsnachweis in Form einer summarischen Darstellung zu führen, der die wesentlichen Ausgabearten und die darauf entfallenden Beträge einschließlich der dazugehörigen Belege enthält. Die Fraktionen führen ein eigenes Konto.
4. Die Prüfung der sachgerechten Verwendung der Mittel erfolgt jährlich durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Aschersleben. Dazu sind diesem die erforderlichen Unterlagen auf Anforderung zu übergeben. Der Prüfbericht wird dem Verwaltungsausschuss vorgelegt. Den Fraktionen ist zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.
5. Als sachgerecht verwendet gelten die Mittel insbesondere dann, wenn sie unter Beachtung der Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung wie folgt eingesetzt werden:
- Fraktionsgeschäftsführung (Verwaltungs- und Investitionskosten),
 - Kosten für die Zuziehung einer sachkundigen Beratung zu einzelnen Tagesordnungspunkten bei Fraktionssitzungen,
 - Fortbildung der Fraktionsmitglieder sowie
 - Öffentlichkeitsarbeit mit Ausnahme von Wahlwerbung.
6. Unzulässig ist die Verwendung insbesondere für:
- Bewirtung von Fraktionsmitgliedern, soweit dies über eine Erfrischung während der Sitzung hinausgeht,
 - Wahlwerbung,
 - Verfügungsmittel des Fraktionsvorsitzenden,
 - Teilnahme an Parteiveranstaltungen (außer aufgabenorientierte Fortbildung),
 - allgemeine Bildungsreisen,
 - gesellige Veranstaltungen der Fraktionen und
 - Spenden.

§ 3 Sitzungsgeld

- (1) Die Stadträte erhalten für ihre Teilnahme an einer Sitzung des Stadtrates je 13,- EUR.
- (2) Für ihre Teilnahme an einer Ausschusssitzung erhalten die ordentlichen Mitglieder des Ausschusses (Stadträte) und die zu beratenden Mitgliedern bestellten sachkundigen Einwohner ein Sitzungsgeld von je 13,- EUR.
- (3) Verlässt ein Stadtrat vorzeitig die Sitzung, so bleibt sein Entschädigungsanspruch erhalten.
- (4) Bei mehreren, nicht zeitgleichen Sitzungen pro Tag, wird nur ein Sitzungsgeld in Höhe von 13,- EUR gewährt.

III. Regelung für die Ortschaften

§ 4 Aufwandsentschädigung

- (1) Die Mitglieder des Ortschaftsrates mit Ausnahme des Ortsbürgermeisters erhalten zur pauschalen Abgeltung ihrer geldlichen und anderen tatsächlichen Aufwendungen einen Betrag von monatlich
 - a) Wunningen 11,- Euro,
 - b) Klein Schierstedt 6,- Euro,
 - c) Wilsleben 11,00 Euro,
 - d) Mehringen 16,00 Euro,
 - e) Drohndorf 11,00 Euro,
 - f) Freckleben 11,00 Euro,
 - g) Groß Schierstedt 13,00 Euro,
 - h) Neu Königsau 7,00 Euro,
 - i) Schackenthal 7,00 Euro,
 - j) Westdorf 13,00 Euro,
 - k) Schackstedt 7,00 Euro.
- (2) Der Ortsbürgermeister erhält monatlich folgende Aufwandsentschädigung:
 - a) Wunningen 180,- Euro,
 - b) Klein Schierstedt 120,- Euro;
 - c) Wilsleben 140,00 Euro,
 - d) Mehringen 260,00 Euro,
 - e) Drohndorf 170,00 Euro,
 - f) Freckleben 180,00 Euro,
 - g) Groß Schierstedt 150,00 Euro,
 - h) Neu Königsau 120,00 Euro,
 - i) Schackenthal 120,00 Euro,

- j) Westdorf 190,00 Euro,
- k) Schackstedt 125,00 Euro.

~~(3) Den vom Volk gewählten Bürgermeistern und jetzigen Ortsbürgermeistern von Drohndorf, Mehringen, Neu Königsau und Schackstedt werden gemäß der Rundverfügungen 33/07 und 02/10 des Landesverwaltungsamtes bis zum Ablauf ihrer jeweiligen Wahlperiode folgende Aufwandsentschädigungen gewährt:~~

~~Drohndorf: 460,16 Euro
 Mehringen: 747,00 Euro
 Neu Königsau: 500,00 Euro und
 Schackstedt: 562,00 Euro.~~

~~Nach Ablauf der jeweiligen Wahlperiode gelten die unter § 4 Abs. 2 genannten Beträge.~~

[Hinweis: Die Regelung in § 4 Abs. 3 ist mit Ablauf der jeweiligen Wahlperioden in den Ortschaften ausgelaufen]

§ 5 Sitzungsgeld

- (1) Die Mitglieder des Ortschaftsrates, einschließlich des Ortsbürgermeisters, erhalten für ihre Teilnahme an einer Sitzung des Ortschaftsrates je 13,- EUR.
- (2) Verlässt ein Ortschaftsrat vorzeitig die Sitzung, so bleibt sein Entschädigungsanspruch erhalten.
- (3) Bei mehreren, nicht zeitgleichen Sitzungen pro Tag, wird nur ein Sitzungsgeld in Höhe von 13,- EUR gewährt.

IV. Gemeinsame Vorschriften

§ 6 Verdienstaussfall

- (1) Den ehrenamtlich Tätigen wird auf Antrag der Verdienstaussfall, der durch die Wahrnehmung des Mandates entstanden ist, erstattet.
- (2) Der Ersatz des Verdienstaussfalles wird für jede angefangene Stunde der regelmäßigen Arbeitszeit berechnet.

Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaussfall ersetzt. Selbständigen, Hausfrauen u. s. w. wird eine Verdienstaussfallpauschale von 13,- Euro je Stunde gewährt.

- (3) Verdienstausfall wird nicht gewährt für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen sowie werktags nach 20.00 Uhr.

Für Schichtarbeiter gilt eine Sonderregelung.

- (4) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird auf Antrag erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 7

Reisekostenvergütung

Ehrenamtlich Tätigen wird Reisekostenvergütung nach den für hauptamtliche Beamte des Landes geltenden Grundsätzen gewährt.

Dienstgänge sind mit der Zahlung der Aufwandsentschädigung abgegolten.

§ 8

Fälligkeit

Die Entschädigungen werden jeweils am 15. eines jeden Monats ausgezahlt. Der Verdienstausfall wird nachträglich vierteljährlich gezahlt.

§ 9

Fortfall der Entschädigung

Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als drei Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf die Zahlung der pauschalierten Aufwandsentschädigung.

§ 10

Gleichstellungsklausel

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 11

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Entschädigungssatzung vom 07.09.1994 in der Fassung der Dritten Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Stadt Aschersleben vom 23. 04. 1997 außer Kraft.

Aschersleben, den 09.06.2004

Michelmann

Oberbürgermeister

Dienstsiegel